

Protokoll

Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

15.12.2015 (letzte Sitzung: 17.11.2015)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	12:03 Uhr 13:31 Uhr	
TeilnehmerInnen		
Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs (Vorsitz)	
	Blauensteiner VP	(entschuldigt)
	Kniezanrek VP	
	Stein VP	
	Steinkellner VP	
	Anderl	(entschuldigt)
	Brantner	
	Fetik	(entschuldigt)
	Foglar	(entschuldigt)
	Ledwinka	(entschuldigt)
	Rudolph	
	Suchl	
	Teiber	
	Zweiler	
	Pörtl	
	Rasch	(entschuldigt)
	Rösch	(entschuldigt)
	Schütz	(entschuldigt)
	Paiha	
Beratend	Muhm Dir	
	Aschauer-Nagl BL	(entschuldigt)
	Bröthaler BL	
	Kubitschek BL	
	Kundtner DirStv	
	Trenner BL	
Vom Büro	Stockerer(Betriebsrat)	(entschuldigt)
	Fassler	
	Marcon (Betriebsrat)	
	Mitterlehner	
	Mulley (Protokoll)	
	Pressinger (Betriebsrat)	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 15.12.2015

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2015

2 Beschlüsse

- 2.1 Subventionen 2015
- 2.2 Bilanzprüfung 2015
- 2.3 Personalplan 2016
- 2.4 Änderung des Pensionskassenvertrages - § 8 Abs 3
- 2.5 Änderungen in den Ausschüssen
- 2.6 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.7 Fachausschussmittel 1. Quartal 2016

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

3.2 Bericht des Direktors – Muhm

- 3.2.1 Personalentwicklung in der AK Wien 2015/2016
- 3.2.2 Funktionsgebühren-Erhöhung mit 1.1.2016
- 3.2.3 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Kundenzufriedenheit im AK-Servicebereich
- 3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Analyse der Bildungsreform
- 3.4.2 Studie zu Eckpunkten der Bildungsreform
- 3.4.3 Flüchtlingsbewegung und bildungspolitische Maßnahmen
- 3.4.4 Empfang der NeulehrerInnen
- 3.4.5 Kooperationsprojekt „alma Mentoring zum Berufseinstieg“
- 3.4.6 4. Debattiertag zu „Europäisches Jahr der Entwicklung“
- 3.4.7 Wiener Linien – aktuelle Themen & Entwicklungen
- 3.4.8 Internationale Konferenz: „Local Heroes & Global Players“
- 3.4.9 Sharing Economy aus Sicht des Konsumentenschutzes
- 3.4.10 AK-Preisvergleiche: Idente Lebensmittel und Drogeriewaren
- 3.4.11 Aktueller Bericht

3.5 Information - Bröthaler

- 3.5.1 Herbstlohnrunde – Branchenstudien als Unterstützung für die Gewerkschaften
- 3.5.2 Berichterstattung über Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren in Österreich – Aktueller Stand der Umsetzung der EU-Richtlinie (BMJ) – AK Studie
- 3.5.3 Betriebsratsfondsrevision – Broschüre, Website und neues Bildungsprogramm
- 3.5.4 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – November 2015
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Oktober 2015
- 3.6.3 Sozialversicherungsänderungsgesetz (SRÄG)
- 3.6.4 Veranstaltungen
- 3.6.5 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 AK-Studie „Pkw-Emissionen zwischen Norm- und Realverbrauch“
- 3.7.2 Forba Literaturrecherche „Industrie 4.0“ – eine arbeitssoziologische Einschätzung
- 3.7.3 Vorschlag für nationale „Wettbewerbsräte“ als Teil der geplanten ersten Stufe der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion
- 3.7.4 Europa 4.0 – Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Gewerkschaftsbewegung
- 3.7.5 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 15.12.2015 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2015

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2015.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 17.11.2015 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2015

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subvention 2015:

Nr	Antragsteller	gefördert 2014	neuer Antrag 2015	Beschluss
1	Verein christliches Vereinshaus	€ 15.000,00	€ 15.000,00	€ 15.000,00
Angenommen ☒		Einstimmig ☒		Mehrstimmig ☐ Ablehnung ☐

2.2 Bilanzprüfung 2015

Muhm berichtet, dass von der TPA Horwath Wirtschaftsprüfung GmbH zugesagt wurde, den Rechnungsabschluss 2015 gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 Abs 1 AKG 1992) zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen.

Als Honorar wird ein Pauschalpreis in der Höhe von € 25.000,- zuzüglich 20 % USt vereinbart.

Für die Jahre 2016 und 2017 liegt ein Anbot in der Höhe von € 22.000,- zuzüglich 20 % USt vor.

Gemäß § 18 Abs 2 HO muss der Abschlussprüfer im laufenden Geschäftsjahr durch den Vorstand bestellt werden.

Beschluss:

Der Vorstand beauftragt gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 AKG 1992) die TPA Horwath Wirtschaftsprüfung GmbH den Rechnungsabschluss 2015 zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen.

→ einstimmig angenommen

2.3 Personalplan 2016

TOP 2.3 Personalplan 2016

Personalplan 2015 adaptiert*) in Vollzeitkapazität	
Bereiche	Personal in VZÄ
Bereich Beratung ¹⁾	139,185
Bereich Bildung	85,125
Bereich Information	56,225
Bereich Soziales ²⁾	77,750
Bereich Wirtschaft ³⁾	70,450
Zentralbereich	157,050
Summe ⁴⁾	585,785

*) Bereichsverschiebungen berücksichtigt

¹⁾ inkl. 1,875 JuniorberaterInnen (5 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

²⁾ inkl. 1,125 JuniorberaterInnen (3 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

³⁾ exkl. 2 VZÄ Aushilfskräfte v. Mitte Jänner bis Ende April j.J. für "Steuerspartage"

⁴⁾ exkl. 9 Lehrlinge, 2 BAK-Refundierte (AK-Portal), 1-2 LangzeitpraktikantInnen Brüssel, im Schnitt 2 IGFA (Interessensgeleitete Forschungsass.) und 6 in Altersteilzeit/Freizeitphase

Personalplan 2016 in Vollzeitkapazität	
Bereiche	Personal in VZÄ
Bereich Beratung ¹⁾	140,185
Bereich Bildung	82,150
Bereich Information	56,675
Bereich Soziales ²⁾	77,425
Bereich Wirtschaft ³⁾	70,075
Zentralbereich	154,400
Summe ⁴⁾	580,910

¹⁾ inkl. 1,875 JuniorberaterInnen (5 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

²⁾ inkl. 1,125 JuniorberaterInnen (3 StudentInnen à 15 WStd für Telefondienst)

³⁾ exkl. 2 VZÄ Aushilfskräfte v. Mitte Jänner bis Ende April j.J. für "Steuerspartage"

⁴⁾ exkl. 12 Lehrlinge, 2 BAK-Refundierte (AK-Portal), 0,5 VKI-Refundierter, 2,375 BAK-Büro Brüssel (Sur-Place), 1-2 LangzeitpraktikantInnen Brüssel, im Schnitt 2 IGFA (Interessensgeleitete Forschungsass.) und 4 in Altersteilzeit/Freizeitphase

Der Personalplan der AK Wien kann unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um weitere Personen aufgestockt werden, wenn - abhängig vom Projektstand - der Personalaufwand für die Registrierung der Gesundheitsberufe abschätzbar ist.

Personalplan Brüssel 2016

OE	Name des Mitarbeiters		Termin am	Std	A	2016	Zu	Ist Funkt	Funkt
W-EU/B	GHORBESHI Amir, Mag.	AK NO	BF E 30.06.2018	40	1	1	FP	EXFK	EX
W-EU/B	CESNOVAR Christof, Mag.	AK Wien	BF E 31.12.2016	40	1	1	FP	RF	RF
W-EU/B	KAINZ Gudrun, Dr.	AK OO	BF E 31.12.2016	40	1	1	FP	RF	RF
W-EU/B	ADAM Orsolya	belg Recht	MS ab 19.10.2015	40			BP	SK	SK
W-EU/B	LAHODYNSKI Stephan (Karenzvertretung von Adam bis 31.8.2016)	belg Recht	BF E 31.8.2016	40	1	1	BP	SK	SK
W-EU/B	BIRNBACH Waltraud	belg Recht		15	1	0,375	BP	SK	SK
W-EU/B	MAYER Michael	belg Recht		40	1	1	BP	SK	SK
				6		5,375			
W-EU/B	ALVARADO-DUPUY Flora, Mag.	Langzeitpraktikantin	BF E 31.01.2016	40	1	1	PA	LZP	PA

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt die beiden vorliegenden Personalpläne 2016.

→ einstimmig angenommen

2.4 Änderung des Pensionskassenvertrages - § 8 Abs 3

Muhm berichtet: Seit einigen Jahren wird seitens der Pensionskassen, die die VRG der Arbeiterkammern verwalten, eine Erhöhung der Verwaltungskosten angestrebt.

Die aktuelle Regelung lautet wie folgt:

„Jährliche Kosten der Vermögensverwaltung

An Kosten für die Vermögensverwaltung werden dem der Arbeiterkammer zugehörigen Vermögen bei einem veranlagten Vermögen (aller Arbeiterkammern) bis ATS 500 Mio. 0,08 % p.a. und ab ATS 500 Mio. 0,05 % p.a. angelastet.“ Dies ergibt derzeit einen Mischsatz von 0,052%.

Da die Arbeiterkammern unter Hinweis auf die gültigen Pensionskassenverträge zu keinen Verhandlungen bereit waren, hat die Valida Pensionskassen AG die Aufkündigung der Verträge zum 31.12.2016 angekündigt, falls es bis 31.12.2015 keine Einigung gibt.

Aufgrund der daraus resultierenden Nachteile haben die Arbeiterkammern Verhandlungen mit den Pensionskassen im Punkt Verwaltungskosten geführt und folgendes Ergebnis erzielt:

Die Gebühr wird für 2016 mit 0,015 %,
für 2017 mit 0,025 % und
ab 2018 mit 0,050 % des veranlagten Vermögens angesetzt.

Weiters werden der VRG die management fee- sowie die verrechneten (Fremd)Kosten angelastet.

Paiha weist auf die Gefahr hin, dass sich die Management-Gebühren zum „trojanischen Pferd“ entwickeln können und fragt, ob man sich alternative Pensionskassen angeschaut hat. **Muhm** erklärt, dass nach Auskunft und Berechnung des PK-Experten der gpa-djp die AK mit ihrer PK sehr gut liegt. Selbstverständlich wurden mit anderen PK Gespräche geführt, doch deren Gebühren wären um vieles höher. Die Management-Gebühren sind derzeit im Vergleich mit anderen PK niedrig, doch wird deren Entwicklung kritisch beobachtet werden.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt die aus der Beilage ersichtliche Änderung des Pensionskassenvertrages in § 8 Abs 3.

→ einstimmig angenommen

2.5 Änderungen in den Ausschüssen

Ausschuss 1

**Allgemeine Sozial- und Inklusions-
politik, Arbeitsrecht und Rechts-
politik**

neues Mitglied und AVorsStv Bachmeier Alois FSG anstelle: Proyer Karl

Ausschuss 3

Sicherheit, Gesundheit und Arbeit

neues kooptiertes Ersatzmitglied Kohwalter Reinhard ÖAAB anstelle: Bauer Patrick

Ausschuss 5

EU und Internationales

neues kooptiertes Ersatzmitglied Bauer Patrick ÖAAB anstelle: Kohwalter Reinhard
→ einstimmig angenommen

2.6 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Graphische und Papierverarbeitende Gewerbe (Gew.GPA-DJP)

Ersatzmitglied ausgeschieden

Neuhold Johannes

FA Geld, Kredit, Versicherungen (Gew.GPA-DJP)

Mitglied neu

Lachs Andreas

Mitglied ausgeschieden

Pichler Barbara

FA Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger (Gew.VIDA)

Mitglied neu

Kersenbaum David

Mitglied ausgeschieden

Ypsilanti Emmanuel

Ersatzmitglied neu

Khopp Martin

FA Bewachung und Sicherheit (Gew.VIDA)

Mitglied ausgeschieden

Hurt Stefan

FA Textil (Gew.PRO-GE)

Mitglied neu

Kleveta Herbert

FA Bekleidung (Gew.PRO-GE)

Mitglied ausgeschieden

Schäfer Helga

FA Elektrionstallationstechniker, Gürtler, Graveure (Gew.PRO-GE)

Kassier neu

Ochs Werner

Kassier ausgeschieden

Özen Nihal

FA HausbesorgerInnen und HausbetreuerInnen (Gew.VIDA)

Mitglied neu

Zitny Andreas

Mitglied ausgeschieden

Strenn Peter

FA Soziale Dienste (Gew.VIDA)

Ersatzmitglied neu

Zechmann Wilhelm Josef

Ersatzmitglied ausgeschieden

Zaruba Karoline

FA Berufskraftfahrer (gewerkschaftsübergreifend)

Ersatzmitglied neu

Schabhüttl Ing. Oliver

Ersatzmitglied ausgeschieden

Wilschko Christian

→ einstimmig angenommen

2.7 Fachausschussmittel 1. Quartal 2016

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Fachausschussmittel für das 1. Quartal 2016:

Fachausschussmittel 1.Quartal 2016		
Fachausschuss	Betrag	IBAN
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	34.500,00	AT05 14000 00110 274 815
Gewerbe und Industrie	28.125,00	AT80 14000 00110 274 823
Geld, Kredit, Versicherungen	13.800,00	AT27 14000 00110 274 807
Graphische u Papierverarb Gewerbe	15.900,00	AT43 14000 05410 230 650
Werbung, Marketing, Kommunikation, ...	6.000,00	AT68 14000 00110 289 880
Erwachsenenbildung, Erziehung, ...	6.000,00	AT44 14000 00110 292 252
Kunst, Medien, Sport, freie Berufe	2.802,00	AT89 14000 05410 230 986
Bauhauptgewerbe	17.025,00	AT11 14000 05410 230 838
Bauhilfsgewerbe	11.250,00	AT73 14000 05410 230 692
Maler und Anstreicher	11.052,00	AT12 14000 05410 230 820
Pflasterer	4.200,00	AT42 14000 05410 230 862
Steinarbeiter	3.810,00	AT20 14000 05410 230 676
Hafner-, Fliesenleger- u Rauchfangkehrergewerbe	4.752,00	AT55 14000 05410 230 919
Tapezierer	8.505,00	AT20 14000 05410 230 773
Tischler	12.900,00	AT83 14000 05410 230 706
Bedienstete d Privatkrankenanstalten	6.975,00	AT97 14000 05410 231 036
Friseure und Kosmetiker	17.850,00	AT46 14000 05410 230 790
Denkmal-, Fassaden- u Gebäudereiniger	6.000,00	AT14 14000 05410 230 978
HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen	6.300,00	AT64 14000 05410 230 951
Soziale Dienste	3.450,00	AT42 14000 05410 230 765
Gastronomie	7.602,00	AT22 14000 05410 231 028
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	9.000,00	AT33 14000 05410 230 927
Heime, Internate	4.350,00	AT64 14000 05410 230 757
Schiene	5.250,00	AT61 14000 00110 286 805
Bewachung und Sicherheit	5.250,00	AT78 14000 00110 316 666
ArbeiterInnen im Handel und Transport	4.500,00	AT50 14000 00110 422 512

Gartenbau und Floristik	6.900,00	AT86 14000 05410 230 846
Bäcker	6.000,00	AT64 14000 05410 230 854
Fleischer	4.728,00	AT67 14000 05410 230 994
Getränke	6.000,00	AT23 14000 05410 231 010
Zuckerbäcker	11.700,00	AT72 14000 05410 231 001
Chemie	6.705,00	AT89 14000 05410 230 889
Metall- und Orthopädietechnik	8.520,00	AT61 14000 05410 230 811
Sanitär, Heizung u Lüftungstechnik	16.050,00	AT39 14000 05410 230 722
Spengler und Kupferschmiede	7.050,00	AT86 14000 05410 230 749
Elektrotechniker, Gürtler, Graveure	8.100,00	AT83 14000 05410 230 803
Mechaniker	10.950,00	AT86 14000 05410 230 943
Textil	4.200,00	AT11 14000 05410 230 935
Bekleidung	4.200,00	AT67 14000 05410 230 897
Schuh/Leder	4.200,00	AT61 14000 05410 230 714
Berufskraftfahrer	21.000,00	AT26 14000 05410 665 419
Gesundheitsberufe	20.250,00	AT63 14000 05410 027 560
	403.701,00	

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Kaske berichtet eingangs über die am Vorabend abgehaltene Tagung „Die Eurozone am Wendepunkt“ von AK Wien, ÖGB und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik im Bildungszentrum der AK. Der Präsident wies bei dieser Veranstaltung daraufhin, dass Europa kein Synonym für hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und Ungleichheit sowie für eine verlorene Generation an Jugendlichen, die keine Perspektive hat, werden darf. Notwendig ist ein neues Politikmodell für Europa, in dem die Förderung der Binnennachfrage, Investitionen in eine nachhaltige soziale und ökologische Infrastruktur und generell verteilungspolitische Fragen im Zentrum der europäischen Politik stehen. Dieses Modell muss sich auch in der zukünftigen Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion widerspiegeln. Deshalb sind auch die geplanten Einrichtungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit entbehrlich, denn Europa braucht keine Wettbewerbsräte, die am Ende den Lohnwettbewerb nach unten forcieren. Stattdessen braucht die EU konkrete Vorschläge zur Förderung der Binnennachfrage etwa durch die Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Die Unternehmen werden wieder mehr investieren, wenn sie entsprechende Absatzerwartungen haben. Mehr denn je braucht Europa eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur. Die Möglichkeiten dazu sind vorhanden, was fehlt ist der politische Wille, meint der Präsident, der sich auch für die Einführung einer Goldenen Investitionsregel ausspricht, die öffentliche Zukunftsinvestitionen aus den EU-Defizitregeln ausnimmt.

Eingehend auf die österreichische Politik dankt **Kaske** allen, die mitgeholfen haben den Insolvenzfall „Zielpunkt“ so rasch im Sinne der ArbeitnehmerInnen abzuwickeln. Weiters weist der Präsident auf die von AK und ÖGB durchgesetzte Lohnsteuersenkung ab 1.1.2016 und die für Jänner geplante BAK-Kampagne „Lohnsteuer gesenkt“ hin. Eingehend auf die Bemühungen eine Registrierung der Gesundheitsberufe durch die AK zu erreichen, teilt der Präsident mit, dass es gelungen ist den ÖGKV „mit ins Boot zu holen“, allerdings müssen noch weitere Gespräche geführt werden um die Einsprüche von Niederösterreich und Salzburg zu überwinden.

Kaske erwähnt die am 9.12. im Wiener Rathaus stattgefundene Verleihung des Wiener Qualitätssiegels „TOP-Lehrbetrieb“. Die duale Ausbildung in Lehrbetrieben und Berufsschulen blickt auf eine lange und erfolgreiche Geschichte zurück. Unternehmen und Institutionen, die Jugendliche in den unterschiedlichsten Lehrberufen ausbilden, übernehmen eine wichtige bildungs- und gesellschaftspolitische Verantwortung. Die Sozialpartner Wirtschaftskammer Wien, Industriellenvereinigung Wien, ÖGB und Arbeiterkammer Wien haben gemeinsam mit der Stadt Wien das Qualitätssiegel für vorbildliche Lehrbetriebe mit Ausbildungsstandort Wien ins Leben gerufen.

Kaske sieht es als großen Erfolg an, dass die Vergaberechtsnovelle den Verfassungsausschuss positiv absolvieren konnte, denn das Bestbieterprinzip hilft gegen Lohn- und Sozialdumping. Die Vergaberechtsnovelle ist ein sozial- und wirtschaftspolitischer Fortschritt für die Baubranche. Weitere Branchen wie der öffentliche Nahverkehr müssen allerdings folgen. Wenn Aufträge an den Bestbieter und nicht an den Billigstbieter vergeben werden, bekommen auch heimische Unternehmen, die fair bezahlen, wieder leichter eine Chance. Die Auslagerung der Aufträge in andere EU-Länder mit geringeren Löhnen und niedrigeren Sozialstandards wird zumindest gebremst. Das sichert und schafft Jobs in Österreich und damit bleibt auch ein größerer Teil an Wertschöpfung bei öffentlichen Investitionen im Land.

Das ab 1.1. 2016 gültige Arbeitsrechtspaket bringt viele Verbesserungen im Arbeitsrecht. So etwa muss bei sogenannten All-in-Verträgen in Zukunft der Grundlohn im Arbeitsvertrag oder im Dienstzettel angeführt werden. Damit soll leichter ersichtlich werden, ob Entgeltansprüche für

Mehrarbeit und Überstunden über die von der Pauschalvereinbarung abgedeckten hinaus bestehen. Wird kein Grundlohn angegeben, werden allfällige Ansprüche nicht mehr nach dem KV-Mindestlohn, sondern nach dem branchen- und ortsüblichen Lohn bemessen – der Unterschied kann mehrere hundert Euro betragen. In diesem Zusammenhang merkt der Präsident an, dass die AK viel Gutes für die ArbeitnehmerInnen macht, doch dies kommt in der Öffentlichkeit zu wenig zum Vorschein.

Mit Hinweis auf die erfolgreiche Veranstaltungsserie „Wien wächst“, der Verteilung der Pendlerfahrpläne am 10.12. und dem Dank an die gute Zusammenarbeit im Vorstand der AK schließt der Präsident seinen ausführlichen Bericht.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm verweist auf die schriftliche Unterlage über die Tätigkeit der Personalentwicklung in der AK Wien. Er erwähnt, dass es sehr erfreulich ist, dass 1.456 TeilnehmerInnen in 201 Veranstaltungen weitergebildet werden konnten. Weiters macht der Direktor auf die Funktionsgebühren-Erhöhung mit 1.1.2016, die sich aus dem vom Rechnungshofpräsidenten verlautbarten Anpassungsfaktor und dem im Gesetz vorgeschriebenen Ausgangsbetrag ergibt, aufmerksam.

Muhm berichtet abschließend, dass die Anbotsöffnung der Ausschreibung des Vertrags über Herstellung, Vertrieb und verlegerische Agenden der AK FÜR SIE am 25.11. folgendes Ergebnis brachte: Der bisherige Hersteller, Leykam, war einziger Bieter. Die Produktion wird in der bisher bewährten Weise unverändert durchgeführt. Herstellungsort ist Neudörfel. Der Vertrag wird auf ein Jahr geschlossen und kann maximal zweimal um je ein weiteres Jahr verlängert werden. Der Gesamtumfang beträgt zwischen rund 750.000 und 875.000 Euro netto im Jahr. Der von Leykam gebotene Preis entsprach exakt dem der letzten drei Jahre. Auf Basis des Bundesvergabegesetzes wird der Herstellungsauftrag an Leykam Druck GmbH vergeben.

Auf Frage von **Paiha**, ob es ein Gesprächsangebot von Seiten des VKI an **Muhm** gegeben habe, antwortet **Muhm**, dass von Seiten des VKI mitgeteilt wurde, man habe um kein Gespräch ersucht und wisse nicht, warum man mit dem Direktor sprechen sollte.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner verweist auf die nun zum vierten Mal durchgeführte Kundenzufriedenheitsstudie. Die Studie wird von SORA durchgeführt und stützt sich auf im Wesentlichen gleiche Fragen, sodass eine Verlaufsbetrachtung möglich ist. Befragt wurden 1300 Servicekunden der AK Wien, aufgeteilt auf die verschiedenen Organisations- und Serviceeinheiten, sodass eine repräsentative Aussage für die jeweils befragte Serviceleistung erstellt werden kann. Eine deutliche Steigerung der Kundenzufriedenheit ergibt sich im Bereich des Telefonkontakts zur AK Wien. Die in den letzten Jahren eingeführten technischen Telefonservices (Rückrufservice, Terminreminder, Terminstornomöglichkeit) werden von den Kunden, denen dies angeboten wird, durchwegs positiv beurteilt. 8 von 10 KundInnen sind damit sogar sehr zufrieden. Eine besondere Stärke der AK sind die kompetenten und hilfsbereiten BeraterInnen, die durch ihre Erfahrung eine sichere Beantwortung der Fragen und durch das soziale Engagement Verständnis für die Situation der KundInnen gewährleisten. Hohe Fachkompetenz und großes Engagement der BeraterInnen gilt es zu erhalten,

da dies entscheidenden Einfluss auf die Gesamtzufriedenheit hat. Zur Erhaltung der hohen positiven Beurteilung der Serviceleistungen der AK ist es vor allem notwendig, die fachliche Kompetenz bzw. Hilfsbereitschaft der BeraterInnen in unverminderter Qualität anzubieten. Zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit wäre es möglich, die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse der Serviceleistung und begleitende Erklärungen zu stärken. Mit Verbesserungen in diesem Bereich ist das ohnehin hohe Zustimmungsniveau am effizientesten weiter zu erhöhen. Im Beratungsbereich wird daher vorerst hausintern in Zusammenarbeit mit der Kommunikationsabteilung an der Verbesserung der schriftlichen begleitenden Informationen und der Kommentierungen der Endergebnisse erarbeitet. Nach Abschluss dieser ersten Phase ist darüber zu entscheiden, ob ein extern begleitendes Projekt zur Verbesserung der Kommunikation notwendig ist.

Auf Frage von **Paiha**, wie man die Selbsthilfefähigkeit steigern könnte, antwortet **Trenner**, dass diese von der jeweiligen Bildungsschicht abhängig ist und der Wunsch nach „das möchte ich“ im Steigen begriffen ist. Der Präsident ergänzt, dass die AK keine Prozesse ohne Aussicht auf Erfolg führt.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Muhm (i.V. Aschauer-Nagl)

Muhm verweist in Vertretung von **Aschauer-Nagl** auf die instruktiven schriftlichen Unterlagen aus dem Bildungs-, Kommunal- und Konsumentenbereich. Die Unterlage „Flüchtlingsbewegung und bildungspolitische Maßnahmen“ ergänzte **Muhm** mit der Information, dass es auch in der AK drei Projekte zum Thema „Flüchtlinge“ gibt. Die AK unterstützt das Jugendcollege der Stadt Wien, ein Projekt für die Basisbildung für Jugendliche und die "connecting people Ausbildung" zur FlüchtlingspatIn. Weiters verweist der Direktor in Bezugnahme auf die Unterlage über die „Wiener Linien“ auf die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs für Wien und die ArbeitnehmerInnen hin und betont eingehend auf konsumentenpolitische Anliegen die große Relevanz der Preisvergleiche der AK.

Zu letzterem Berichtspunkt ersucht **Brantner** bei Preisvergleichen auch die jeweiligen Aktionsgestaltungen mit zu berücksichtigen, was vom Direktor auch zugesagt wird. Dem Ersuchen von **Stein**, die AK möge sich mit der Situation der islamischen Kindergärten in Wien beschäftigen, wird von **Muhm** zugesagt. Die Thematik wird aufbereitet werden. **Paiha** verweist auf den letzten Satz der Unterlage über "Flüchtlingsbewegung und bildungspolitische Maßnahmen" in welchem ausgeführt wird, dass aus AK-Sicht Sofortmaßnahmen für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche einzuleiten wären. **Muhm** betont, dass dies in einem von den Sozialpartnern mit der Bundesregierung und den Ländern geplanten Bildungsgipfel besprochen wird und in der Priorität zentral ist. Zum bildungspolitischen Bericht über „Kooperationsprojekt „alma Mentoring zum Berufseinstieg“ mit dem Alumniverband der Universität Wien im Zeitraum 2015/16“ fragt **Pörtl**, bezugnehmend auf den Satz „Das Mentoring-Projekt wird nunmehr in abgeänderter und erweiterter Form bereits das vierte Mal durchgeführt und richtet sich diesmal an AbsolventInnen der Fachrichtungen Biologie, Physik, Theaterwissenschaft, Translationswissenschaft, Wirtschaftspsychologie und Soziologie. Die Bildungsabteilung der AK Wien unterstützt dieses Projekt finanziell und personell“, wie hoch die finanzielle Unterstützung der AK ist und wie, von wem und mit welchem Zeitaufwand der Verband von der AK – wie in der Unterlage nur ganz allgemein angegeben – unterstützt wird. Eine Beantwortung der Frage wird von **Muhm** nach Rücksprache mit der Abteilung zugesagt. *[Anm.d.Prot. Koll. Pörtl wurde per mail mitgeteilt, dass das Alma-Mentoring-Projekt, Durchgang 2015/16, mit 5.000,-- € unterstützt wird. Ein Kollege ist als Mentor für einen Studierenden tätig (Treffen 1x/Monat, ca. sechs Treffen) und Kollegin Martha Eckl ist mit der Projektabwicklung betraut, hat die Kick-off-Veranstaltung als AK-Vertreterin besucht und wird auch bei der Abschlussveranstaltung dabei sein. Außerdem wird*

sie vereinbarungsgemäß im Frühjahr für die Studierenden/MentorInnen einen Workshop „Arbeits-/und Steuerrecht“ in der AK organisieren.]

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler berichtet, dass die AK auch im Herbst 2015 FunktionärInnen und SekretärInnen von Gewerkschaften mit relevanten Informationen über die allgemeine wirtschaftliche Situation sowie über die spezifische wirtschaftliche Lage einzelner Branchen unterstützt hat. Die Abteilung Betriebswirtschaft erstellte Branchenstudien als wirtschaftliche Information für Kollektivvertragsverhandlungen. Dabei werden Jahresabschlüsse von Kapitalgesellschaften (Bilanzen) analysiert und die Umsatzentwicklung, Ertragslage, finanzielle Stabilität sowie die Ausschüttungspolitik, Investitionstätigkeit und Produktivitätsentwicklung der Unternehmen dargestellt. Pro Jahr werden für Auswertungen ca. 1.500 Jahresabschlüsse / Unternehmen in die Bilanzdatenbank eingespeichert. Zusätzlich werden auch andere Daten und Berichte (WIFO, Statistik Austria, Fachverbände, Presse etc.) herangezogen. Auch die Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik liefert regelmäßig wichtige volkswirtschaftliche Daten und Beiträge für die Branchenstudien. Die Abteilung Betriebswirtschaft kooperiert vor allem mit der GPA-djp, PROGE und VIDA. Die ReferentInnen der Abteilung Betriebswirtschaft haben auch 2015 die Ergebnisse für große Branchen wie Metallindustrie und Handel bei BetriebsrätInnenkonferenzen zum Auftakt der Kollektivvertragsverhandlungen referiert und vorgestellt.

Weiters macht der Bereichsleiter auf die als Tischvorlage verteilten Broschüren über die "Nachhaltigkeitsberichterstattung in Österreich" und den "Betriebsratsfonds" aufmerksam. Letzteres ist ein wichtiger Leitfaden für Betriebsratsmitglieder und RechnungsprüferInnen.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner bespricht das Sozialrechtsänderungsgesetz (SRÄG) 2015. Das SRÄG 2015 enthält eine Vielzahl von Punkten, die überwiegend technischer Natur sind und keine wesentlichen sozialpolitisch substantziellen Rechtsänderungen transportieren. Das SRÄG 2015 wurde am 24.11.2015 im Ministerrat beschlossen. Die BAK hat die Aufnahme mehrerer wichtiger Forderungen in den Ministerratsbeschluss erreicht. Dazu zählen die gesetzliche Klarstellung, dass Teilpflichtversicherungszeiten nach dem Allgemeinen Pensionsgesetz (APG) als Beitragszeiten im ASVG und für die Erfüllung der „ewigen Anwartschaft“ herangezogen werden müssen; die Einbeziehung der an den Bundes- und Landesverwaltungsgerichten sowie den Bundesfinanzgerichten tätigen LaienrichterInnen in die gesetzliche Unfallversicherung; das „Einfrieren“ des Haftungsbetrages für die Auftraggeberhaftung mit 20 %, die Berechnung des Rehabilitationsgeldes auf der Grundlage einer vorangegangenen Pflichtversicherung, die Schaffung arbeitsrechtlicher Begleitmaßnahmen für das Rehabilitationsgeld und auf gesetzlicher Grundlage ein längeres Krankengeld nach der Aussteuerung, wenn eine Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension beantragt wurde und ein ablehnender Bescheid vorliegt, und zwar bis zur rechtskräftigen Beendigung des Gerichtsverfahrens. Die Einführung dieses gesetzlichen „Sonderkrankengeldes“ trägt dem Anliegen der BAK besser Rechnung als die ursprünglich geplante Kann-Bestimmung für eine

„satzungsmäßige Mehrleistung“. Bei Aufnahme in die Satzung gebührt längeres Krankengeld in Zukunft auch vom Krankengeld ausgesteuerten Personen, die stationärer Pflege bedürfen. Die BAK hat in der Stellungnahme jede Unterminierung des sog Typenzwanges im Versicherungsrecht der Sozialversicherung abgelehnt, der nach § 539a ASVG auf den „wahren wirtschaftlichen Gehalt“ einer Erwerbstätigkeit abstellt. Bedauerlicherweise wurde auch die Valorisierung des Beitragszuschlages bei Meldeverstößen von Dienstgebern nach der Begutachtung wieder herausgenommen. ErntehelferInnen bleiben weiterhin von der Pensionsversicherung ausgenommen. Die BAK hat auch die dringend notwendige Valorisierung des Rehabilitationsgeldes und eine inner-staatliche Norm zum Leistungsexport des Rehabilitationsgeldes unter Beachtung der Mitwirkungspflichten im Rahmen des Case-Management der Krankenkassen eingemahnt und die Forderung nach Einführung eines Kündigungsschutzes während des Bezuges von Kranken-, Rehabilitations- und Umschulungsgeld erneuert. Diese Forderungen fanden jedoch keine Berücksichtigung in der Regierungsvorlage.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek berichtet einleitend über die AK-Studie „Pkw-Emissionen zwischen Norm- und Realverbrauch“, nachdem die Kluft zwischen Herstellerangaben und realen Emissionen bei Pkw-Neuwagen derzeit im Fokus der Öffentlichkeit steht. Die AK Wien hat deshalb das Umweltbundesamt beauftragt, die tatsächliche Diskrepanz bei Kohlendioxid (CO₂) bzw Treibstoff und Stickoxiden (NO_x) bei österreichischen Neuwagen zu erheben. Für die Untersuchung wurden für die Jahre 2000 bis 2013 für die jeweils zulassungsstärksten 30 Fahrzeuge die Verbrauchsangaben der Hersteller mit Realverbrauchsdaten verglichen, die aus der Datenbank „spritmonitor.de“ stammen. Als Ergebnis der Studie kann festgehalten werden: Egal ob Benziner oder Diesel, die Abweichungen bei Treibstoff bzw CO₂ nehmen im Zeitraum 2000 – 2013 bei den zulassungsstärksten Fahrzeugmodellen im Durchschnitt von 7% auf 27% zu. Wird nichts getan, steigen sie 2020 auf 48 Prozent an. Hätten die Herstellerangaben tatsächlich gehalten, hätten im Jahr 2013 österreichische AutofahrerInnen 900 Mio € weniger an Treibstoffkosten gehabt. Auch klimapolitisch wären für die Kyoto-Periode (2008-2012) 6,3 Mio t CO₂ weniger emittiert worden bzw 29 Mio € weniger an Käufen für Emissionszertifikate notwendig gewesen. Die EU muss deshalb den neuen Prüfzyklus WLTC rasch einführen und reale Emissionen und Fahrbedingungen dabei berücksichtigen. Effektive Kontrollen auf EU- und nationaler Ebene müssen abgestimmt sein und tatsächlich erfolgen. Es braucht mehr unabhängige Expertise bei den Behörden und mehr Beteiligung von Umwelt- und Konsumentenschutzorganisationen. Eine neue und einheitliche EU-Umweltkennzeichnung beim Autokauf muss endlich kommen, damit die KonsumentInnen faire und leichter verständliche Informationen bekommen.

Weiters macht die Bereichsleiterin auf die Forba Literaturrecherche „Industrie 4.0“ – eine arbeitssoziologische Einschätzung“ aufmerksam. Um den Jahreswechsel 2014/2015 hat die AK Wien bei der FORBA eine Analyse der vorhandenen Literatur und Diskussionspapiere in Auftrag gegeben, die nunmehr in der Endredaktion ist. Ziel der Arbeit ist es, einen ersten Überblick und eine Einschätzung der Fragestellungen, Chancen und Risiken einer Umsetzung der Vision „Industrie 4.0“ aus ArbeitnehmerInnenperspektive zu bekommen. Industrie 4.0 wird laut Forba in den Unternehmen – wie alle bisherigen Technologieentwicklungen – als schrittweise Implementierung und nicht als „Revolution“ ankommen. Was die Prognosen über quantitative Beschäftigungswirkungen von Industrie 4.0 betrifft, kommt Forba zum Schluss, dass die bisher vorliegenden Studien sehr widersprüchlich (zwischen plus 1,5 Mio Beschäftigung in Deutschland bis zu minus 1,5 Mio Beschäftigte) und auch methodisch kaum belastbar sind. Jedenfalls ist dem grundsätzlichen Versprechen der Industrie, die Entwicklung entlaste den Menschen von Routine und mache seine Ressourcen für andere, kreativere,

Dinge frei, doch Skepsis angebracht – dies wird nicht automatisch erfolgen! Ohne entsprechende Nutzung von aktiven Gestaltungsmöglichkeiten kann es durchaus auch zu Abwertungen von Qualifikationen und/oder zu detaillierter technischer Steuerung und Überwachung der ArbeiterInnen kommen. Die Humanisierung der Arbeit muss daher im Mittelpunkt der Gestaltungsbemühungen der ArbeitnehmerInnenvertretungen stehen.

Anschließend geht die Bereichsleiterin auf den Vorschlag der Kommission für die Etablierung nationaler „Wettbewerbsräte“ als Teil der geplanten ersten Stufe der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion ein. Im Juni 2015 veröffentlichte EU-Kommissionspräsident Juncker – in enger Abstimmung mit den Präsidenten des Europäischen Rats, der Eurogruppe, der EZB und des EU-Parlaments – den Bericht „Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden“. Damit wird an die 2012 begonnene Debatte um die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) angeknüpft. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, die bis Mitte 2017 umgesetzt werden sollen, enthalten insbesondere die Empfehlung für die Schaffung von nationalen Ausschüssen zur Wettbewerbsfähigkeit. Diese mit „unabhängigen“ ExpertInnen besetzten Ausschüsse sollen demnach in allen Eurozonen-Mitgliedstaaten (und nach Wunsch auch in weiteren EU-Staaten) eingerichtet werden und Analysen zur Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Landes erstellen sowie politische Empfehlungen abgeben. Die Empfehlungen dieser „Wettbewerbsräte“ sollen nach Ansicht der Kommission auch in Lohnverhandlungen berücksichtigt werden! Die BAK lehnt diese „Wettbewerbsräte“ entschieden ab, hat dies bereits der Politik mitgeteilt und wird dies weiterhin kommunizieren, denn aus Sicht der BAK stellt der vorliegende „Fünf-Präsidenten-Bericht“ keine geeignete Grundlage für die Neuausrichtung der WWU dar. Notwendig ist vielmehr ein grundlegender Kurswechsel, der eine koordinierte wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik mit einem Fokus auf Beschäftigung und gerechter Verteilung sowie eine deutliche Stärkung der sozialen Dimension und der Demokratisierung der WWU bzw der europäischen Integration beinhaltet. Dies wurde - wie bereits der Präsident berichtete - im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit ÖGB und ÖGfE am 14.12. im BIZ der AK Wien weiter thematisiert.

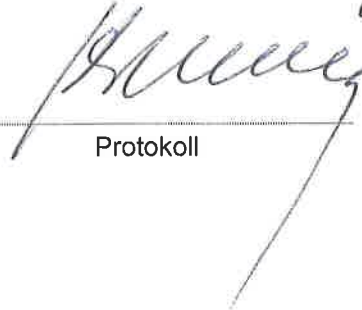
Abschließend verweist **Kubitschek** auf den Bericht über die am 4. 11. 2015 in Brüssel stattgefundene Konferenz "Europa 4.0 - Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Gewerkschaftsbewegung".

Bezüglich der von **Paiha** angemerkten Frage bzgl. Daten, Fakten und Betroffenheiten zu „Crowdworking“ merkt **Kubitschek** an, dass dieses Thema im Rahmen des AK-Schwerpunktes für 2016 "Digitaler Wandel" behandelt werden wird. Die Bereichsleiterin verspricht **Paiha** das Positionspapier der BAK zur geplanten Vertiefung der WWU zuzusenden.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** die Sitzung um 13:31 Uhr.


Der Präsident
Der Direktor
Protokoll